



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM DES INNEREN, FÜR DIGITALISIERUNG UND KOMMUNEN

Innenministerium Baden-Württemberg · Willy-Brandt-Straße 41 · 70173 Stuttgart

Große Kreisstadt Leinfelden-Echterdingen  
Marktplatz 1  
70771 Leinfelden-Echterdingen

Datum: 25.11.2025

Name: Justine Dreher

E-Mail: breitband@im.bwl.de

Telefon: 0711/231-3722

Gemeindekennziffer: 08116078

FÖBIS-ID Bewilligung: 2000415052

Aktenzeichen: 4-8433.6/164

(Bitte bei Antwort angeben)

## **Zuwendungsbescheid**

— nach der VwV Gigabitmitfinanzierung vom 27. Juli 2023.

Ihr Antrag vom 11.08.2025, eingegangen am 11.08.2025

### **Lückenschluss-Programm zur Erschließung des südlichen Bereichs von Echterdingen.**

#### **Anlagen:**

- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften - ANBest-Gk in der im Bundesbescheid zugrundeliegenden Fassung
- Formblatt Anzeige Vorhabensbeginn
- Hinweisblatt Öffentlichkeitsarbeit, in der aktuellen Fassung

— Auf den bezeichneten Antrag wird im Rahmen der Projektförderung zur Deckung der zuwendungsfähigen Ausgaben in Höhe von 1.000.000,00 € als Anteilsfinanzierung mit einem Anteil von 40 von Hundert eine

### **Z U W E N D U N G**

in Höhe von 400.000,00 €

als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.

Der Zuschuss ist zweckgebunden für das Vorhaben

**Lückenschluss-Programm zur Erschließung des südlichen Bereichs von  
Echterdingen.**

Finanziert wird die Zuwendung aus Landesmitteln, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat.

Folgender Kosten- und Finanzierungsplan wurde zugrunde gelegt:

Zuwendungsfähige Kosten:	1.000.000,00 €	Eigenmittel:	100.000,00 €
Nicht zuwendungsfähige Kosten:	0,00 €	Fremdmittel (Kredite):	0,00 €
		Leistungen Dritter ohne öffentliche Mittel:	0,00 €
		Sonstige öffentliche Mittel:	500.000,00 €
		Zuwendung:	400.000,00 €
<b>Gesamtkosten:</b>	<b>1.000.000,00 €</b>	<b>Summe Finanzierung:</b>	<b>1.000.000,00 €</b>

Die Zuwendung wird kassenmäßig in Jahresraten im Rahmen der nach dem Staatshaushaltsplan verfügbaren Mittel bereitgestellt. Es bleibt dem Land vorbehalten, die Höhe der Jahresraten betragsmäßig festzulegen.

**Bewilligungszeitraum: 25.11.2025 bis 01.11.2028.**

**Mit dem Ende des Bewilligungszeitraums muss der Bau des Projektes abgenommen worden sein. Kann die bauliche Umsetzung des Projektes nicht mit Ende des Bewilligungszeitraums abgeschlossen werden, beantragen Sie bitte rechtzeitig eine Verlängerung des Bewilligungszeitraums beim Bund. Beantragen Sie dann unverzüglich nach Vorlage des Verlängerungsbescheids des Bundes die Verlängerung beim Land.**

Maßgeblich ist der Bewilligungszeitraum, der im Bundesförderbescheid vorgegeben ist. Die Zuwendung darf ausschließlich für tatsächliche Ausgaben des Zuwendungsempfängers verwendet werden, die im Bewilligungszeitraum verursacht und in Rechnung gestellt werden. Nur die innerhalb des Bewilligungszeitraums des Bundes entstehenden zuwendungsfähigen Ausgaben können im Verwendungsnachweis abgerechnet werden.

Die Nebenbestimmungen Ihres Bundesförderbescheides mit dem Aktenzeichen 832.6/10-25 12BW30035 vom 04.07.2025 und die Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) sowie die GIS-Nebenbestimmungen des Bundes in der im Bundesbescheid zugrundeliegenden Fassung sind sinngemäß Bestandteil dieses Zuwendungsbescheids.

Im Übrigen gelten folgende

## **Nebenbestimmungen**

### **1. Dokumentationspflicht**

Die Förderung ist mit einer Dokumentationspflicht verbunden. Es gelten die GIS-Nebenbestimmungen des Bundes in der im Bundesbescheid festgelegten Fassung.

Der Antragsteller duldet die Weitergabe der Daten im Rahmen der zugrundeliegenden Förderrichtlinien.

### **2. Öffentlichkeitsarbeit**

Auf die Breitbandförderung des Landes ist in geeigneter Form hinzuweisen (z.B. Pressemitteilungen, Bautafel, Einweihung, Inbetriebnahme). Das Hinweisblatt Öffentlichkeitsarbeit ist zu beachten. Der Nachweis ist im Rahmen des Verwendungsnachweises durch eine geeignete Bilddokumentation zu erbringen.

### **3. Vorhabensbeginn**

Der Vorhabensbeginn (Vertragsschluss bzw. Zuschlagserteilung im Auswahlverfahren) ist der Bewilligungsbehörde anzuzeigen.

### **4. Widerrufs- und Auflagenvorbehalt**

Der Zuwendungsgeber behält sich vor, den Bescheid im Falle einer Auszahlungssperre oder aus sonstigen zwingenden Gründen zu widerrufen (Widerrufsvorbehalt nach § 36 Abs. 2 Nummer 3 LVwVfG) oder nachträglich zu ändern.

Die Bewilligung kann unbeschadet weitergehender Regelungen in Nummer 8 ANBest-Gk insbesondere dann ganz oder teilweise widerrufen werden, wenn

- die dem Zuwendungsempfänger gewährte Zuwendung nach der Gigabitrichtlinie 2.0 des Bundes ganz oder teilweise entfällt oder zurückgefordert wird,

- die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
- die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird,
- eine auflösende Bedingung eingetreten ist (z.B. nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung nach Nummer 2 ANBest-Gk),
- der Mittelabruf nicht bis zur festgesetzten Frist erfolgt,
- der Open Access nicht gemäß der Gigabit-Rahmenregelung und den EU-Breitbandbeihilfeleitlinien vom 26.01.2013 in der Fassung vom 27.06.2014 Dritten gewährt wird.

Zudem behält sich der Zuwendungsgeber vor, nachträglich eine Auflage aufzunehmen, zu ändern oder zu ergänzen (Auflagenvorbehalt gemäß § 36 Abs. 2 Nummer 3 LVwVfG).

## **5. Mittelabrufe**

Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, innerhalb von drei Monaten nach Entscheidung des Bundes über die jeweilige Mittelanforderung beim Land einen Mittelabruf entsprechend des Projektfortschrittes zu beantragen.

## **6. Verwendungsnachweis**

Der Zuwendungsempfänger hat den Verwendungsnachweis entsprechend den AN-Best-Gk vorzulegen. Gemäß Nummer 6.1 der ANBest-Gk ist die Verwendung der Zuwendung innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Bewilligungszeitraums der Bewilligungsbehörde nachzuweisen. Eine Verlängerung dieser Frist ist grundsätzlich nicht möglich. Bei Einreichung nach diesem Zeitpunkt kann eine Auszahlung nicht mehr erfolgen. Kann der Verwendungsnachweis nicht fristgerecht eingereicht werden, beantragen Sie bitte rechtzeitig eine Verlängerung der Verwendungsnachweisfrist beim Bund. Beantragen Sie dann unverzüglich nach Vorlage des Verlängerungsbescheids des Bundes die Verlängerung beim Land.

## **7. Monitoring**

Der Zuwendungsempfänger hat die Pflicht zur jährlichen Meldung von Daten zur Erfüllung der Monitoring-Pflichten nach § 11 Gigabit-Rahmenregelung. Die Meldung hat jedes Jahr bis spätestens zum 28.02. für das zurückliegende Kalenderjahr anhand des in der Online-Plattform <https://portal.gigabit-pt.de> hinterlegten Formulars bzw. Online-Monitoring-Systems zu erfolgen.



## **8. Mitteilungspflicht**

Sämtliche Änderungen des Förderprojektes, insbesondere auch Änderungen und Konkretisierungen des Zuwendungsbescheides des Bundes mit dem Aktenzeichen 832.6/10-25 12BW30035 vom 04.07.2025 sowie Widerrufs- und Rücknahmeentscheidungen des Bundes, sind der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Die Mitteilungspflichten nach Nummer 5 ANBest Gk bleiben unberührt.

## **Hinweise**

### **1. Subventionsbetrug**

Alle Angaben des Antrags – einschließlich aller Anlagen – sind subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Landessubventionengesetzes und § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG). Ergeben sich Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, ist die Bewilligungsbehörde nach § 6 SubvG zur Anzeige verpflichtet.

### **2. Beihilferecht / Open Access**

Im Einklang mit § 8 Gigabit-Rahmenregelung und den Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau vom 26.01.2013 (2013/C 25/01) in der Fassung vom 27.06.2014 ist ein offener und diskriminierungsfreier Zugang (Open Access) zu den mithilfe dieser Zuwendung errichteten Infrastrukturen zu gewährleisten. Der offene Zugang muss sowohl für die geförderte Infrastruktur als auch für jede mit dieser zusammenhängenden, bereits existierenden Infrastruktur gewährleistet werden. Im Falle eines Verstoßes gegen die oben genannten Verpflichtungen behält sich die Bewilligungsbehörde unbeschadet anderer möglicher Rechtsgrundlagen vor, vom Widerrufsvorbehalt nach § 36 Abs. 2 Nummer 3 LVwVfG Gebrauch zu machen.

### **3. Datenschutz**

Informationen zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten finden Sie unter: <https://im.baden-wuerttemberg.de/datenschutz>

Auf Wunsch werden Ihnen diese Informationen auch in Papierform zugesandt.

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Verwaltungsgericht Stuttgart, Augustenstraße 5, 70178 Stuttgart Klage erhoben werden.

gez. Stefan Krebs  
Ministerialdirektor  
Landesbeauftragter für Informationstechnologie

Absender:	
-----------	--

An das

**Ministerium des Inneren, für Digitalisierung  
und Kommunen Baden-Württemberg  
Referat 43, Digitale Infrastruktur  
Willy-Brandt-Straße 41  
70173 Stuttgart**

Betr.: VwV des IM zur Gigabitmitfinanzierung  
- Anzeige Vorhabensbeginn -

Aktenzeichen:	<b>4-8433.6/</b>	
Bewilligung FÖBIS-ID:	<b>2000</b>	
Projektort:		
Datum der Bewilligung:		
Zuwendungsempfänger:		

Bitte vollständig ausfüllen. Ohne diese Angaben ist eine Zuordnung zu den Akten nicht möglich.

### Erklärung:

Hiermit zeige ich an, dass mit der bewilligten Maßnahme am

--

(Termin erste Zuschlagserteilung)

begonnen wurde.

Datum:	Unterschrift:

